

Arbeiterfeinde

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **2 (1910)**

Heft 5

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-349688>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Gewinnung der Arbeiterinnen für die Gewerkschaftsorganisation hängt unserer Meinung nach in der Hauptsache vom Stande der Arbeiterorganisation ab. *Wo starke, aktionsfähige Arbeiterorganisationen vorhanden sind, da finden wir bei etwas gutem Willen auch die notwendigen Voraussetzungen, die Möglichkeiten, eine starke, lebenskräftige Arbeiterinnenorganisation ins Leben zu rufen, die um so notwendiger wird, je mehr die weibliche Arbeitskraft in der Industrie Verwendung findet.*



Arbeiterfeinde.

I.

Es liegt uns ferne, unter diesem Titel Polemik gegen jene bedauernswerten Existenzen zu führen, die zu nichts besserem taugten, als die *Bürgerzeitung* und die sogenannte *Arbeitgeber-Zeitung* zusammenzukleistern. Die geistige Kost aus der Sudelküche des Unternehmertums, die in den genannten Revolverwischen feilgeboten wird, schmeckt so entsetzlich, dass sie in Arbeiterkreisen kein Unheil anrichten wird. Wenn die Leser des Mittelstandes sich dort absolut Verdauungsbeschwerden zuziehen wollen, ist das ihr gutes Recht, und es ist nicht unsere Aufgabe, diese vor der Affektion durch hirnkranke Akkordschreiber zu schützen. Bekanntlich sind auch die Raubtiere, die am lautesten schreien oder brüllen, nicht die gefährlichsten.

Anders verhält es sich mit einer anderen Sorte von Arbeiterfeinden, die als Vertrauensleute am hellen Tage in den Reihen der Arbeiter selbst ihr Unwesen treiben können. Bereits vor Jahresfrist haben wir uns mit den «versteckten Feinden» der modernen Gewerkschaftsorganisationen beschäftigt. Heute sind speziell diejenigen, die sich die Eisenbahner zu Opfern ihres unheilvollen Wirkens auserlesen hatten, gezwungen worden, die Masken fallen zu lassen und sich offen als Feinde der Arbeiterklasse zu zeigen. Diese nützliche Aufklärung hat uns die Diskussion der Frage des Beitritts der Eisenbahner zum Gewerkschaftsbund gebracht. An den jüngst stattgefundenen Kongressen und Delegiertenversammlungen der verschiedensten Kategorien der Eisenbahner und in der Presse, namentlich in der bürgerlichen Presse, ist der Gewerkschaftsbund, der nahezu die Gesamtheit der modernen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen der Schweiz umfasst, in letzter Zeit zum Gegenstand von Angriffen gemacht worden, die wenigstens an Frechheit nichts zu wünschen übrig lassen.

Zunächst sei hier folgende Notiz wiedergegeben:

Aus den Verhandlungen am Kongress der Lokomotivführer in Olten.

«B., Olten. Ich finde den Anschluss an den Gewerkschaftsbund nicht gerechtfertigt, schon aus dem Grunde nicht, weil zuerst aus Gewerkschaftskreisen ein Referendum gegen das neue Besoldungsgesetz zu erwarten ist.»

Eine niederträchtigere Verleumdung der im Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter ist kaum möglich; denn die Leute, die mit derartigen Behauptungen hausieren gehen, sind nicht imstande, auch nur den Schein eines Beweises dafür zu erbringen.

Demgegenüber sei festgestellt, dass die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der Schweiz nicht nur tief bedauert, dass die Besoldungsreform der Bundesbahner den Eisenbahnern, die eine Besserstellung dringend notwendig hatten, so blutwenig brachte, sondern auch jederzeit bereit ist, den Eisenbahnern, die sich für ihre Forderungen wehren wollen, nach besten Kräften beizustehen. Was wir darunter verstehen, wird noch deutlicher ausgeführt werden. So viel uns bekannt ist, hat die organisierte Arbeiterschaft der Schweiz auch bisher stets für die Eisenbahner wie für alle übrigen Lohnarbeiter, die sich um ihre Existenz, um ihre Menschenrechte wehren mussten, Partei ergriffen. Unter organisierten Arbeitern fragen wir nie, was die Besserstellung einer bestimmten Kategorie etwa die andern Arbeiter kosten könnte, denn wir wissen, dass schliesslich die Vorteile, die einzelne Gruppen erreichen, der Gesamtheit der Arbeiterschaft zugute kommen. Gegen eine derartige Kampfweise, wie sie von gewissen Herren geübt wird, müssen wir um so energischer Protest erheben, als wir uns bisher in keiner Weise in die Diskussion für und wider den Anschluss an den Gewerkschaftsbund einmischten, sondern uns darauf beschränkten, den Eisenbahnern, die dies wünschten, Material und Auskünfte über unsern Bund zu verschaffen.

Dabei liegt uns durchaus fern, etwa denen gram zu sein, die in guten Treuen, aus Mangel an Sachkenntnis, sich gegen den Anschluss an den Gewerkschaftsbund aussprechen. Wo ehrliche Ueberzeugung einer irrthümlichen Handlung zugrunde liegt, ist noch Aussicht, dass die Erfahrung als gute Lehrmeisterin zu einer besseren Einsicht führe.

Möglicherweise ist auch Herr B. in Olten das Opfer einer Täuschung, dann hätte aber das Mindestmass von Loyalität ihn veranlassen müssen, sich wenigstens besser zu erkundigen, bevor er derartige Verleumdungen weiterkolportiert.

Unsere Vorwürfe richten sich in diesem Falle an die Adresse jener Dunkelmänner, die derartige Giftpillen fabrizieren, aber zu feige sind, ihren Gegnern offen gegenüberzutreten. Olten, das nach

seiner Lage an fortschrittlichem Geist und reiner, gesunder Atmosphäre alle andern Ortschaften des Landes überbieten müsste, scheint seit einiger Zeit der Sammelpunkt einer entsetzlich bornierten Gesellschaft geworden zu sein, von wo aus eine Aktion betrieben wird, die nur blinder Egoismus und schwärzester Menschenhass im Verein mit jesuitischer Verdrehungskunst und geradezu teuflischer Heuchelei aushecken können.

Leider ist Olten nicht die einzige Satansküche und werden wir uns in der nächsten Nummer noch mit gewissen Herren aus der Ostschweiz auseinanderzusetzen haben.

Für heute sei nur konstatiert, dass das Ergebnis der Besoldungsreform der Bundesbahner, respektive auch der Verlauf der entsprechenden Verhandlungen in den eidgenössischen Räten den Eisenbahnern, die noch über ihre gesunden fünf Sinne verfügen, gezeigt haben müsste, dass sie mit der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen bereits an der Grenze dessen angelangt sind, was sie vom bürgerlichen Staat, mit der Macht, über die sie heute verfügen, bekommen können.

Jede weitere Verbesserung setzt erstens voraus, dass die *allgemeinen Arbeiterverhältnisse* für die *Gesamtarbeiterschaft unseres Landes* gehoben werden, denn so lange dies nicht der Fall ist, werden die Industrieherrn auch in Zukunft die billigen Argumente von den gefährdeten Interessen der Privatindustrie gegen die Besserstellung des Eisenbahnpersonals ins Feld führen können und damit Erfolg haben. Ferner ist damit zu rechnen, dass auch ohne dies in Zukunft der Widerstand gegen nennenswerte Verbesserungen der Lage der Eisenbahner zunehmen wird, weil die Finanzwirtschaft des Staates durch den stets grössere Opfer erfordernden Militarismus, durch die Subventionspolitik, die hohen Tribute an die Grossbureaukratie und anderes mehr in stets heiklere Situationen geraten muss. Auf der allerdings getrennt wirtschaftenden Verwaltung der Bundesbahnen stehen die Aussichten auch nicht besser, und obendrein wird der Staat, wenn er in der einen Hosentasche nichts mehr zu verputzen hat, eben in der andern nach Moneten suchen.

Ob nun die Eisenbahner mit dem für alle Zeiten vorlieb nehmen wollen, was ihnen heute mit Ach und Krach geboten wurde, das mögen sie entscheiden. Wenn sie es aber für möglich halten, dass ihnen weitere Zugeständnisse früher oder später nottun, dann dürfen sie es nicht versäumen, sich möglichst viel Macht durch zuverlässige Verbündete zu sichern.

Die zuverlässigsten Verbündeten sind jedoch stets diejenigen, die ein Interesse am Erfolg einer Aktion haben, und wenn es unter den Eisenbahnern Leute gibt, die es nicht begreifen können

oder begreifen wollen, dass die Eisenbahner ein Interesse auch an der Besserstellung der übrigen Arbeiterschaft haben, so hindert das keineswegs, dass die grosse Mehrzahl der organisierten Arbeiter der Privatindustrie es begreift, dass sie ein Interesse an der Besserstellung der Arbeiter im Staatsbetrieb hat und daher diesen ein zuverlässiger Verbündeter sein wird.

Dafür sollte man doch sicher auf Gegenrecht Anspruch erheben dürfen, ohne verleumdet zu werden. Weiter vermag heute noch kein Gesetz die im Staatsbetrieb tätigen Arbeiter und Angestellten gegen ungerechte, willkürliche Behandlung wirksam zu schützen, ohne dass bei denen, die geschützt werden sollen, eine Macht vorhanden sei, *die Respekt einflösst*, und je mehr Macht man besitzt, um so sicherer ist der Schutz, der dem einzelnen geboten wird.

Endlich bietet die denkbar günstigste Besoldungsreform auch nicht den geringsten Schutz gegen die Wirkungen der Teuerung der Lebensmittel- und Mietpreise, gegen ungerechte Besteuerung der Arbeitslöhne, sowie gegen die allgemeinen Wirkungen der Wirtschaftskrisen und anderen gesellschaftlichen Schäden, die die Eisenbahner mehr oder minder direkt gradeso treffen, wie alle übrigen Lohnarbeiter. Erst die Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse bringt die Mittel und Kräfte auf, in dieser Hinsicht die Interessen des arbeitenden Volkes, also auch die der Bundesbahner, wirksam zu verfechten.

Diese einfachen Gründe sollten schon ausreichen, diejenigen, die imstande sind, über den engen Horizont der nächsten Umgebung hinauszublicken, davon zu überzeugen, dass die Eisenbahner, gleichviel welcher Kategorie sie angehören, den Machtzuwachs, der ihnen durch den Anschluss an den Gewerkschaftsbund geboten ist, nicht minder notwendig haben, als die übrige Arbeiterschaft, um weitere Fortschritte zu erzielen, den Beistand der Eisenbahner braucht.

Durch vereinte Kraft werden beide gewinnen, durch den Fortbestand des gesonderten Daseins sind beide geschwächt und daher geschädigt.

Ueber diese dem elementarsten Grundprinzip der Organisation entsprechende Wahrheit bleiben wir noch Herrn Dr. Eigenmann eine Auseinandersetzung schuldig, die in der nächsten Nummer der « Rundschau » folgen wird.



Wirtschaftliche Kämpfe.

Die **Aussperrung der Schneider** ist bekanntlich im Laufe dieses Monats zugunsten der Arbeiter beendet worden. Die Höchstzahl der gleichzeitig ausgesperrten Arbeiter betrug etwa 450, diejenigen Arbeiter (zirka 180),